



Internationaler Gewerkschaftsbund

4. WELTKONGRESS

Kopenhagen, Dänemark, 2. – 7. Dezember 2018

Erklärung zur Freilassung Lulas

Wir erleben derzeit eine Verrechtlichung der Politik in Lateinamerika und der Karibik, wo die Justiz und die Sicherheitskräfte im Dienste der politischen Parteien, Regierungen und der staatlichen Politik stehen, mit konservativer Tendenz und unter Begünstigung neoliberaler Strategien.

Auf diese Weise brechen sie mit dem demokratischen Rechtsstaat und den Landesverfassungen in ihrem Bestreben, sich populärer Führungspersönlichkeiten durch Manipulation und juristische Zwänge zu entledigen, wie dies in einigen unserer Länder der Fall ist.

Der offensichtlichste und relevanteste Fall ist der des früheren brasilianischen Präsidenten Lula, der wegen angeblicher Korruption verurteilt und inhaftiert wurde und in den kommenden Monaten mit neuen Anklagen derselben Art konfrontiert werden wird.

Er wurde verurteilt und inhaftiert, um seine Kandidatur bei den diesjährigen Präsidentschaftswahlen zu verhindern, die er den Umfragen zufolge sicher gewonnen hätte. Die Strategie hinter den Vorwürfen gegen ihn und dem Ergebnis seines Gerichtsverfahrens wurde soeben dadurch offensichtlich, dass der Richter, der ihn verurteilt hat, zum Minister in der neu gewählten Regierung ernannt wurde.

Dies war der Beweis, den die Welt brauchte, um zu verstehen, dass Lula ein politischer Gefangener ist und nicht bloß Opfer eines Justizirrtums. Wie andere historische Persönlichkeiten, die unterdrückt und eingesperrt wurden, weil sie für die Emanzipation ihres Volkes gekämpft und Rassismus, Diktaturen und anderen Formen der Unterdrückung entgegenwirkt haben, sitzt Lula im Gefängnis, weil auch er sein Leben lang für die Emanzipation des brasilianischen Volkes gekämpft und als Präsident Maßnahmen zum Armutsabbau ergriffen hat, die weltweit bekannt sind und bewundert werden, während die brasilianischen Eliten sie nie akzeptiert haben.

Die Kampagne der internationalen Gewerkschaftsbewegung für die Freilassung Lulas ist Teil unserer Verpflichtung zum Kampf für Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Gleichstellung und Arbeitnehmerrechte.

Lula muss freikommen!
